

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich von 6 Uhr bis zur folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Kassenstellen 2 Mk. im Voraus, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Goldbestellung 3 Mk. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Die Geschäftszeiten sind: Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr, Samstag von 8 bis 11 Uhr. Die Geschäftszeiten sind: Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr, Samstag von 8 bis 11 Uhr. Die Geschäftszeiten sind: Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr, Samstag von 8 bis 11 Uhr.

Wilsdruff-Dresden: Die Geschäftszeiten sind: Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr, Samstag von 8 bis 11 Uhr. Die Geschäftszeiten sind: Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr, Samstag von 8 bis 11 Uhr. Die Geschäftszeiten sind: Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr, Samstag von 8 bis 11 Uhr.

Nr. 45. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Sonntag den 22. Februar 1925

## Die Pläne zur Steuerreform.

Zwei Überlegungen sind es, die zu einer gründlichen Reform des gesamten deutschen Steuerwesens hindrängen: einmal und vor allem muß sich Deutschland einstellen auf die Verpflichtungen, die es durch die Unterschrift unter den Londoner Pakt übernommen hat und die rasch steigende finanzielle Belastungen darstellen, zum andern liegt die innere Notwendigkeit in unserem Steuersystem selbst, zu einer Neuordnung schreiten zu müssen. „System“ — dieses Wort paßt eigentlich gar nicht, denn so systemlos, wie die deutsche Steuerdesorganisation allmählich geworden war, vielmehr werden mußte, gibt es kaum noch etwas. Inflation und Ruhrkampf sind die beiden Hauptgründe für die Systemlosigkeit und nach Herbeiführung der Währungsstabilisierung haben die Steuerreformen in der Vergangenheit, im Drange des Augenblicks geschaffen, doch nur Flickwerk schaffen können. Vor allem ermöglicht aber eine grundlegende systematische Umarbeitung unseres Steuerwesens erst die Überwindung der Neuarbeitungsverschiebungen. Die Steuerreformpläne, die seit Wochen dem Reichstag vorliegen und jetzt veröffentlicht werden, bringen vor allem eine Berücksichtigung des Gesichtspunktes, der überaus selbstverständlich klingt, in seiner Durchführung aber trotzdem zu zahllosen Fehlern Anlaß gab, nämlich dem der größtmöglichen Erzielbarkeit. Diese ist nämlich keineswegs identisch mit übermäßig hohen Steuerätzen. Es ist eine in der Geschichte des Steuerwesens doch allzu bekannte Tatsache, daß eine Überspannung der Steuerätze allzu stark zu Steuerhinterziehungen verleitet, zum erbitterten Kampf zwischen Fiskus und Steuerzahler, wobei meistens der erstere unterliegt. Daher sind in dem jetzt in den neuen Gesetzesentwürfen angelegten Einkommensteuertarif die Höchstätze nicht wie bisher auf über 60 % hinaufgeschraubt, sondern sie bleiben grundsätzlich bei einem Drittel des Gesamteinkommens. Steuerfrei ist nach dem Entwurf ein Einkommen von 5000 Mark und es steigt dann allmählich an, bis es mit einem Einkommen von 8000 Mark die bisherige 10 % Höhe erreicht. Für die weiteren 8000 Mark werden dann 15, die ferneren 8000 20 % bezahlt, für die weiteren 24 000 25 %, die weiteren 50 000 Mark 30 % und schließlich wie gefagt für die weiteren Beträge ein Drittel der Gesamthöhe. Der Satz von 10 % für die ersten 8000 Mark ermäßigt sich für die ersten 8000 Mark um je 1 % für die Gebraut und die minderjährigen Kinder; der steuerfreie Abzug beläuft sich jetzt bei der Steuer vom Arbeitslohn auf 60 Mark. Der Begriff der Werbungskosten ist genauer festgelegt, als das bisher der Fall war. Statt der Befreiung nach dem Einkommen kann eine solche nach dem Verbrauch erfolgen, wenn zwischen Einkommen und Verbrauch ein offenes Verhältnis besteht.

Das Abfertigungsgesetz für 1924 behandelt die Frage der Vorauszahlungen für 1924, ihre Einbehaltung oder Rückerstattung oder Nachforderung und die weiteren Vorauszahlungen für 1925. Auf Grund dieses Gesetzes ist nicht damit zu rechnen, daß in größerem Maßstabe die Vorauszahlungen auf 1924 selbst bei einer Überbelastung zurückgezahlt werden; in der Hauptsache wird ein Schlusstrich darüber gemacht. Grundsätzlich bleibt auch die bisherige Vorauszahlung bestehen, ebenso wie die Steuererminderungen, namentlich die Herabsetzung um ein Viertel. Gezahlt werden muß jetzt aber vierteljährlich, nicht mehr monatlich, und die Veranlagung für 1925 werden wir erst 1926 erhalten, soweit das Einkommen nicht durch die Steuer vom Lohnabzug getroffen wird. Eine Reihe von Bestimmungen regelt das Verfahren für die neuen Vorauszahlungen unter Anpassung an die wirkliche wirtschaftliche Entwicklung, wie sie durch die Stabilisierung in der Währung herbeigeführt worden ist. Die bisherige Einkommensteuer auf die Aufsichtsratsanteile wird aufgehoben, dafür fallen sie unter den Körperschaftsteuerverpflichtungen der Gesellschaft. Zu diesen steuerpflichtigen Gesellschaften treten auch jetzt die Betriebe und Verwaltungen öffentlich rechtlicher Körperschaften. Nicht steuerpflichtig bleibt nur die Reichsbahn-Gesellschaft, die Reichsbank, die Reichspost, die Obligationenbank, die Rentenbank und Monopolverwaltungen des Reichs. Der Steuerfuß beträgt 20 %.

Besonders wichtig ist das Reichsbewertungsgesetz. Bekanntlich ziehen Reich, Länder und Kommunen von demselben Vermögensgegenstand, wie beispielsweise dem Grundbesitz, Steuern heraus, setzen seinen Wert aber nach den verschiedensten Methoden fest, so daß hier die größten Ungleichheiten entstehen konnten. Damit macht das Bewertungsgesetz grundsätzlich Schluß. Nach genau festgelegten Bestimmungen wird der Wert für alle Steuerpflichtigen festgelegt, als Einheitswert sozusagen. Für die Festsetzung des Wertes werden gemischte Kommissionen gebildet, die aus Beamten und ehrenamtlich tätigen Sachverständigen bestehen, und zwar in der untersten wie in der ersten Verfassungsinstanz. Schließlich erfolgt noch eine Neuordnung der Vermögensbesteuerung, die jetzt durchgehend 5 vom Tausend beträgt, ferner eine Herabsetzung gewisser Sätze der Erbschaftsteuer und eine Herunterziehung bei denen der Kapitalwertsteuer, der Körperschaft- und der Grunderwerbsteuer.

neuer. Die durch die dritte Steuernotverordnung eingeführte Obligationssteuer soll gleichfalls umgestaltet werden. Man sieht, daß hier ein Riesenwerk in Angriff genommen worden ist, das zu seiner Erledigung noch langer Durcharbeitung bedarf. Aber mit dieser Arbeit wird dann der unerfreulichsten Periode in der Geschichte des deutschen Steuerwesens ein Ende bereitet.

## Rabinett Marx gestürzt.

Rücktritt der preussischen Regierung. Berlin, 20. Februar.

Der Preussische Landtag lehnte das Vertrauensvotum für das Rabinett Marx ab.

Bei der namentlichen Abstimmung werden 439 Karten abgegeben. Die Mehrheit beträgt also 220 Stimmen. Auf ja lauten 218, auf nein 221. Damit ist also das Vertrauensvotum für das Rabinett abgelehnt. Ministerpräsident Marx erhebt sich sofort und erklärt angesichts des Ergebnisses der Abstimmung für sich und sämtliche Mitglieder den Rücktritt.

### Sitzungsbericht.

(16. Sitzung.) u. Berlin, 20. Februar.

Zu Beginn der Sitzung sind am Ministerische anwesend Marx, Am Jahnhoff und Seeburg. — Die Tribünen weisen eine starke Besetzung auf.

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertritt sich Abg. Grzesinski (Soz.) gegen die gestrige Äußerung des Abg. Dr. v. Camppe (D. Sp.) über den nervösen Zusammenbruch des Abg. Feinert. Die sozialdemokratische Fraktion erwartet, daß Herr v. Camppe diese Äußerung mit Bedauern zurücknehmen werde. (Lachen rechts und links: Da könnt Ihr lange warten!) Anträge der Deutschen Volkspartei auf Verdrängung des Reichstages, auf Einleitung von Hilfsmahnahmen für notleidende Angehörige des Mittelstandes im besetzten Gebiet sowie über die Bezüge der aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen, in das nichtbesetzte Gebiet versetzten Beamten werden der Ausschussberatung überwiesen.

### Vertrauensantrag der Regierungsparteien.

Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten haben folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag billigt die Regierungserklärung und spricht dem Staatsministerium das Vertrauen aus.“

Die Besprechung der Regierungserklärung wird fortgesetzt.

Abg. Winterlich (Komm.) erklärt, daß die Versprechungen der Regierungserklärung der notleidenden werktätigen Bevölkerung keine Hilfe bringen würden. Darum fort mit diesem Rabinett!

Abg. Niebel (Dem.) protestiert gegen die Ausführungen der Deutschen Tageszeitung, daß für die Witwen und Waisen des letzten Anlaßes genügend gesorgt sei durch die ihnen zustehenden Rentenbezüge, und erklärt, daß beim passiven Widerstand im Westen hunderttausende ihr Leben aufs Spiel gesetzt hätten für die Interessen der Unternehmer. Die Deutsche Volkspartei helfe der Reaktion und rechne auf die Mithilfe der Kommunisten. Der Redner polemisiert heftig nach rechts gegen Volkspartei und Deutschnationale.

Abg. Bieser (Wirtsch. Vgg., Deutsch-Franz.): Unsere Vereinerung muß dabei bleiben, daß die Auswahl der Minister im neuen Rabinett ihr nicht genehm ist. Wenn die Wirtschaftliche Vereinigung auch einen Minister, Herrn Steiger, im Ministerium gern sehe, könne sie doch dem Rabinett kein Vertrauen schenken.

Abg. Wulle (Nationalsoz.): Wir protestieren dagegen, daß Reichstagsmitglieder, die aktivwirtschaftler haben, als Ministerpräsidenten für Preußen gerade gut genug sind. (Da der Redner von kommunistischer Seite fortwährend mit beschimpfenden Zurufen unterbrochen wird, werden mehrere Kommunisten zur Ordnung gerufen.) Herr Marx gehört einer Partei an die der Entwicklung Preußens feils abnehmend gegenüberstanden hat. (Zustimmung rechts, stürmischer Widerspruch und Aufruhr im Zentrum.) In Weimar hat man das alle Preußen zerstückelt. (Anbauernde Unruhe und Zurufe im Zentrum.)

### Unterbrechung der Sitzung.

Mit dem Abg. Heilmann (Soz.) das Wort erteilt wird, bricht araber Lärm im Hause aus.

men worden ist, das zu seiner Erledigung noch langer Durcharbeitung bedarf. Aber mit dieser Arbeit wird dann der unerfreulichsten Periode in der Geschichte des deutschen Steuerwesens ein Ende bereitet.

## Rabinett Marx gestürzt.

Rücktritt der preussischen Regierung. Berlin, 20. Februar.

Der Preussische Landtag lehnte das Vertrauensvotum für das Rabinett Marx ab.

Bei der namentlichen Abstimmung werden 439 Karten abgegeben. Die Mehrheit beträgt also 220 Stimmen. Auf ja lauten 218, auf nein 221. Damit ist also das Vertrauensvotum für das Rabinett abgelehnt. Ministerpräsident Marx erhebt sich sofort und erklärt angesichts des Ergebnisses der Abstimmung für sich und sämtliche Mitglieder den Rücktritt.

### Sitzungsbericht.

(16. Sitzung.) u. Berlin, 20. Februar.

Zu Beginn der Sitzung sind am Ministerische anwesend Marx, Am Jahnhoff und Seeburg. — Die Tribünen weisen eine starke Besetzung auf.

Vor Eintritt in die Tagesordnung vertritt sich Abg. Grzesinski (Soz.) gegen die gestrige Äußerung des Abg. Dr. v. Camppe (D. Sp.) über den nervösen Zusammenbruch des Abg. Feinert. Die sozialdemokratische Fraktion erwartet, daß Herr v. Camppe diese Äußerung mit Bedauern zurücknehmen werde. (Lachen rechts und links: Da könnt Ihr lange warten!) Anträge der Deutschen Volkspartei auf Verdrängung des Reichstages, auf Einleitung von Hilfsmahnahmen für notleidende Angehörige des Mittelstandes im besetzten Gebiet sowie über die Bezüge der aus dem besetzten Gebiet ausgewiesenen, in das nichtbesetzte Gebiet versetzten Beamten werden der Ausschussberatung überwiesen.

### Vertrauensantrag der Regierungsparteien.

Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten haben folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag billigt die Regierungserklärung und spricht dem Staatsministerium das Vertrauen aus.“

Die Besprechung der Regierungserklärung wird fortgesetzt.

Abg. Winterlich (Komm.) erklärt, daß die Versprechungen der Regierungserklärung der notleidenden werktätigen Bevölkerung keine Hilfe bringen würden. Darum fort mit diesem Rabinett!

Abg. Niebel (Dem.) protestiert gegen die Ausführungen der Deutschen Tageszeitung, daß für die Witwen und Waisen des letzten Anlaßes genügend gesorgt sei durch die ihnen zustehenden Rentenbezüge, und erklärt, daß beim passiven Widerstand im Westen hunderttausende ihr Leben aufs Spiel gesetzt hätten für die Interessen der Unternehmer. Die Deutsche Volkspartei helfe der Reaktion und rechne auf die Mithilfe der Kommunisten. Der Redner polemisiert heftig nach rechts gegen Volkspartei und Deutschnationale.

Abg. Bieser (Wirtsch. Vgg., Deutsch-Franz.): Unsere Vereinerung muß dabei bleiben, daß die Auswahl der Minister im neuen Rabinett ihr nicht genehm ist. Wenn die Wirtschaftliche Vereinigung auch einen Minister, Herrn Steiger, im Ministerium gern sehe, könne sie doch dem Rabinett kein Vertrauen schenken.

Abg. Wulle (Nationalsoz.): Wir protestieren dagegen, daß Reichstagsmitglieder, die aktivwirtschaftler haben, als Ministerpräsidenten für Preußen gerade gut genug sind. (Da der Redner von kommunistischer Seite fortwährend mit beschimpfenden Zurufen unterbrochen wird, werden mehrere Kommunisten zur Ordnung gerufen.) Herr Marx gehört einer Partei an die der Entwicklung Preußens feils abnehmend gegenüberstanden hat. (Zustimmung rechts, stürmischer Widerspruch und Aufruhr im Zentrum.) In Weimar hat man das alle Preußen zerstückelt. (Anbauernde Unruhe und Zurufe im Zentrum.)

### Unterbrechung der Sitzung.

Mit dem Abg. Heilmann (Soz.) das Wort erteilt wird, bricht araber Lärm im Hause aus.

## Marx wird wieder kandidieren.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 20. Februar. Im preussischen Landtag fanden nach der Sitzung Fraktionsitzungen des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei statt. Die übrigen Fraktionen hielten Führerbesprechungen ab. Die Regierungsparteien werden an der bisherigen Politik festhalten. Marx wird, wie die Zeitung erfährt, eine Kandidatur wieder annehmen und für den Wiederaufbau des Rabinetts kandidieren. Für die Wahl des Ministerpräsidenten ist der 4. März in Aussicht genommen.

## Ruhrdebatte im Reichstag.

Dr. Luther zur Ruhrschädigung. (29. Sitzung.) CR. Berlin, 20. Februar.

Der Reichstag beriet zunächst in zweiter und dritter Beratung einen Zusatzvertrag zu dem am 1. Dezember 1920 abgeschlossenen

### deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen.

Am Berichte des Ausschusses wurde von dem Abg. Dr. Lehmann-Runa (Dm.) betont, Deutschland sei bei diesem Abkommen mehr der Gebende als der Empfangende. Aber die Mehrheit des Ausschusses habe mit Rücksicht auf das besondere Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland sich für die Genehmigung ausgesprochen.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann erklärte, daß trotz aller Demunzen der Rerrträge von Ber-

folles und St. Germain Deutschland entschlossen sei, alles zu tun, um die Beziehungen zwischen Deutsch-Österreich und dem Deutschen Reich so eng und innig wie möglich zu gestalten. (Lebhafte Beifall.) Wenn deshalb der vorliegende Vertrag auch nur den Charakter eines Provisoriums trage, wenn er Deutschland weniger Vorteile bringe als Österreich, so habe die Reichsregierung ihm doch zugestimmt, um möglichst der erste Staat zu sein, der mit seinem deutschen Nachbarlande Österreich einen solchen Vertrag schließt. Man solle in diesem Falle nicht prozentual rechnen, wer mehr gibt oder empfängt. Wenn es nach dem Willen beider Völker ainge würden ja überhaupt die Grenzmauern niedergeworfen würden.

Deutschland und Österreich ein Land und eine Wirtschaftsgemeinschaft sein. (Lebhafte Beifall.) Es sei dieselbe mit Recht über die noch bestehenden Grenzschwierigkeiten geklagt worden. Er freue sich, mitteilen zu können, daß die Reichsregierung schon Anfang nächster Woche mit der Ver-